

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1909. Nr. 101.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 202.

Belegpreis für Halle a. S.: 2,50 RM., durch die Post bezogen 3 RM., für das Vierteljahr 7 RM., auswärts 8 RM., Resten am Schluss des Monats 10 RM. 10 Pf. Halbesche Zeitung erscheint wöchentlich ausser an Feiertagen. Druck- und Verlagsanstalt: Halle a. S., Unterhaltungsweg (Sonntagsblatt), Sando, Wittenberg.

Erste Ausgabe

Belegpreis für die Provinz Sachsen: 2,50 RM., durch die Post bezogen 3 RM., für das Vierteljahr 7 RM., auswärts 8 RM., Resten am Schluss des Monats 10 RM. 10 Pf. Halbesche Zeitung erscheint wöchentlich ausser an Feiertagen. Druck- und Verlagsanstalt: Halle a. S., Unterhaltungsweg (Sonntagsblatt), Sando, Wittenberg.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus, Telefon 158; Redaktions-Telephon 1272. Eing. C. Braunhauer. Verleger: Dr. Walter Gebhardt in Halle a. S.

Dienstag, 2. März 1909.

Geschäftsstelle in Berlin: Defauerstraße 14, Telefon Amt VI Nr. 11494. Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Regierung und Beamtenchaft.

Die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats für das Ministerium des Innern hat am Sonnabend dem Laufe der Abgeordneten Versammlung, nach in kurzer, aber sehr bemerkenswerter Weise in Gegenwart des Ministers des Innern mit dem Beamtenstand zu beendigen, wie es in der bekannten Affäre des früheren Bürgermeisters von Halle, Schilling, aufgegriffen war. Ist doch noch nicht allernächste die Befristung geschehen, daß die damals anstehende geistige Praxis vielleicht weiter geführt werden könnte. Den Anlaß zu der Wiederholung einer Rede des Führers der konservativen Partei, des Herrn Dr. v. Seydewitz und der Rede, der unter dem starken Beifall der Rechten und ohne von einer Seite irgendwelchen Widerstand zu finden, in ernsten und eindringlichen Worten den Empfindungen Ausdruck gab, die in weiten Kreisen der Bevölkerung durch gewisse Vorkommnisse während des Verlaufs der Affäre Platz gegriffen hatten. Die liberale Presse gab dieser Angelegenheit ja von vornherein mit dem Aufstand großer sittlicher Entrüstung das Gepräge, als wäre durch die Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen Schilling dieser wegen seiner politischen Bestimmung bedingt und gemindert worden. Sogar ein Führer der Liberalen gab in öffentlicher Verammlung solchen Auffassungen Ausdruck und folgte aus dem Vorgehen der liberalen Regierung eine Gefährdung der Weiterführung der Wohlpolitik. Der Linken mag ihre damalige Stellungnahme heute sicherlich nicht mehr bequeme sein, man kann aber trotzdem auch heute noch der Staatsregierung den Vorwurf nicht erheben, daß sie es damals verüßte, der Sache durch eine entscheidende und klare Erklärung von vornherein die Spitze abzubrechen. Das war ein Fehler, der der Regierung und dem Reichstag im Gefolge hatte. Herr Dr. v. Seydewitz erwiderte in weiteren Reden seiner Rede das auffällige Verhalten der häufig offiziös inspirierten „Halle'schen Zeitung“, die es seinerzeit für angebracht hielt, die Einleitung zu beschreiben, dem Fall nicht weiter zu berichten, da der Minister dem Regierungspräsidenten bereits kein Mißfallen ausgesprochen und ihn beurlaubt habe. Wenn man einen Beamten, der, so gut als es eben geht, seine Pflicht tut, derart in der Öffentlichkeit bloßstelle, wo keine die Autorität dieses Beamten und der Beamtenchaft überhaupt? Unter tiefer Aufmerksamkeit des Hauses nahm der konservative Führer sodann Bezug auf die bekannte Erklärung des Ministerpräsidenten vom 19. Januar, in der den politischen Beamten dringend aus Satz gelegt worden war, unter allen Umständen die Politik der Regierung zu unterstützen. Das sei eine berechtigte Forderung, mit derselben Verbindlichkeit dürfe die Öffentlichkeit aber auch fordern, daß die Beamtenchaft nicht ihr Ohr der wechselnden Strömungen leide, die sich während eines Verfahrens vielleicht innerhalb der Regierung geltend machen. In dieser Auffassung müsse das ganze Haus einig sein. Wenn man solle stolz auf seine Beamtenchaft sein, die gewohnt ist, den geraden, ehrlichen Weg der Pflicht und sachlichen Ueberzeugung zu gehen. Wenn parlamentarische Reibereien sich aber daran zu hindern suchen, so wird in Freuden ein Zustand heraufzubereiten, der unmöglich zu dulden ist! Alle Parteien müssen — so schloß Dr. v. Seydewitz seine Rede — einmütig, wie es bei der Durchführung der Reformenform waren, zusammenstehen, um die Beamten bei der Wahrnehmung ihrer Pflichten vor Einflüssen zu schützen, die nicht sachlicher Art sind.

Unmittelbar darauf erhob sich der Minister des Innern zu einer Erklärung, die aber weder auf den Kern der von Seydewitz erhobenen Ausführungen einging, noch eine klare Erklärung der Stellung der Regierung brachte. Die Pflicht auf das schwebende Verfahren legten dem Minister nach seiner Erklärung Rücksichten auf, er könne aber bestimmt versichern, daß er im Verlauf der Affäre den Weg der vollen Objektivität niemals verlassen habe und sich persönlich auch nicht von Rücksichten auf die Wohlpolitik habe beeinflussen lassen.

Sal somit die Welterklärung die volle Klarheit über einzelne überraschende und beunruhigende Wendungen der laufenden Angelegenheit Schilling noch nicht gebracht, so werden weitere Kreise der Bevölkerung und insbesondere der ortsüblichen Beamtenchaft mit Unbegreiflichkeit über das Verhalten des Herrn Dr. v. Seydewitz und aus den erlittenen Worten des Führers die stärkste Partei des Gegenstandes mit Ernst und Eifer über dem Ansehen und der Ehre des Beamtenstandes wacht und stürzende und heengende Einflüsse, von welcher Seite sie auch kommen mögen, von ihm fernzuhalten sucht.

Pädagogische Leistungen für die preussischen Volksschulen.

Da bei den Revisionen der Volksschulen durch die technischen Gänge des Aufwachdienstes sich vielfach gezeigt hat, daß wohlgerundete pädagogische Forschungen in der Praxis nicht überall die nötige Beachtung gefunden haben, erläßt der Minister folgende Weisungen:

1. Die Lehr- und Stoffpläne enthalten nicht selten zu viel theoretische Lehren, wodurch die gründliche Durcharbeitung beeinträchtigt und so die Gefahr der nur oberflächlichen Aufnahme der Stoffe befördert wird; deshalb ist bei der Umgestaltung des Stoffes zu beschränken. 2. Das Unterrichtsverfahren vollzieht sich zu viel nur in Form von Frage und Antwort; der Selbsttätigkeit und den selbständigen Leistungen der Kinder, den selbständigen Zusammenfassungen, Berichten, Rechnen, Messen, auch dem selbständigen Niederschreiben usw. ist mehr Raum zu geben. 3. Die Welterklärung der Stoffe soll nicht zu einer Zersplitterung der Stoffe in Einzelheiten führen. Es kommt mehr auf die Erfahrung der Hauptgedanken unter Aussprache der Wichtigkeit der Kinder an. 4. Den Uebungen in mündlichen und schriftlichen Ausdruck sind die verschiedenartigsten Gelegenheiten zu geben. Die Kinder sollen befähigt werden, ihre Gedanken verständlich und sprachlich richtig darzulegen. Mechanisches Einüben ist dabei zu vermeiden, vielmehr Freiheit in der Form der Darlegung zu gewähren und nur das sachlich oder sprachlich Unrichtige zu verbessern. 5. Die Uebungen in schriftlichem Ausdruck sind bei der verschiedenartigsten Gelegenheiten zu geben und vielfach ungenutzbar vorbereiteten Aufsätze nicht auszuüben, sondern es muß häufige, unbedingte tägliche Uebung durch kleine Niederschriften aus allen Unterrichtsgebieten, aus dem von den Kindern Erlebten und Beobachteten erfolgen. Die Verbesserung erfolgt in der Regel in der Klasse durch die Schüler. 6. Was den Religionunterricht betrifft, so ist unter Beachtung der evangelischen Bepflanzung dahin zu wirken, daß eine Ueberhäufung mit Interdisziplinärstoff vermieden wird, um nicht die religiös-sittliche Einwirkung auf die Kinder zu beeinträchtigen. 7. Die religiösen Einwirkungen sollen nicht Platz greifen. Bei der gleichmäßigen Aneignung der Religionslehre ist ein Uebermaß zu vermeiden. 8. Da für das Rechnen die Beachtung der Bedeutsamkeit des Lebens von bestimmtem Einfluß ist, muß auf Rechenfertigkeit, auf Selbstständigkeit in der Lösung der Aufgaben, sowie bei Stellung der Aufgaben auf Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse des Lebens gehalten werden. Die Rechenaufgaben sollen fortan diesen Gesichtspunkten entsprechen. Der Stoff soll wesentlich beschränkt werden und namentlich weniger haben als dem praktischen Leben mündlich und schriftlich geübt, auch der Schüler zur Lösung dieser Aufgaben selbständig geübt werden. 9. Die Heimkunde ist überall sorgfältig zu pflegen. Auch die heimatischen Verhältnisse, Sagen, Denkmäler, Bauten usw. sind zu berücksichtigen. Die Kinder müssen in ihrer Heimat hauptsächlich vornehmenden Pflanzen, Tiere, Gewässer kennen lernen und zu dieser Kenntnis noch Möglichkeit auf im freien auf Spaziergängen und dergl. geführt werden. 10. Im Geschichtsunterricht sind die Darstellungen aus der älteren und mittleren deutschen Geschichte auf die wichtigsten Lebensbilder zu beschränken. Das Geschichtsbild soll auf die neuere vaterländische Geschichte beschränkt werden. Der Unterricht darf nicht bloß Tatsachen aufzählen, sondern muß durch lebendige und anschauliche Darstellung antworten und Interesse erwecken. 11. Desgleichen müssen die Kinder mit der vaterländischen Geographie in ausreichendem Maße vertraut gemacht werden. Entsprechend den Forderungen der Gegenwart dürfen auch die vaterländischen Geographien in der Naturgeschichte, in der Geschichte, in der Wirtschaftswissenschaften und Handelsverbindungen nicht unberücksichtigt bleiben. 12. In der Naturgeschichte hat der Unterricht nicht in trockenen Beschreibungen und im Klassifizieren seine Aufgabe zu suchen, sondern den Zusammenhang zwischen Bau und Leben der Naturkörper auseinander zu denken. In ein Verhältnis der Natur zu den menschlichen Interessen, die auf die wirtschaftswissenschaftlichen Angelegenheiten kommen hierbei in Betracht; die Lehre der Gesundheitspflege ist sehr zu berücksichtigen. Auf die sorgfältige und zweckdienliche Verwendung guter Anschauungsmittel ist wie in allen Fällen so auch hier Bedacht zu nehmen.

Aus dem Landtage.

Im Abgeordnetenhaus fand am Sonnabend, 27. Februar, die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern auf der Tagesordnung. Die „Einnahmen“ wurden beibehalten. Auf Antrag des Berichterstatters, Abg. v. Pappenheim (kons.), wurde hierauf zunächst die Norddeutsche Frage besprochen. Abg. Dr. Schifferde (natlib.) betonte, daß die baltische Provinz im Wasserbesitz liegt. Abg. Johanson (freikons.) meinte, es sei notwendig, den treuen Landeuten im Norden den Rücken zu stärken. Abg. Graf v. Reventlow (kons.) betonte, daß nicht gegen die wirtschaftliche Bevölkerung Nord-Schleswigs, sondern nur gegen die neuwaldische Migration Front gemacht werden solle. In eine gewalttätige Lage des Landes zu bringen, ist nicht zu denken. Jede baltische Armee, welche unsere Grenze überschreiten wollte, würde sofort verhaftet werden. (Große Heiterkeit.) Wir brauchen keine Ausnahmegeetze, sondern nur eine strenge Handhabung der bestehenden Gesetze. Wir dürfen keinen Fuß heußischen Landes durch irgendwelche Wachenposten hindern lassen, und von Schleswig-Holstein müsse es immer die besten Kanonen „up uns“ geben! Es folgte die allgemeine Welterklärung, die von einer großen Anzahl von Anträgen vorlag. Abg. Dr. v. Seydewitz und der Graf v. Reventlow, nannte ihm dem „Fall Schilling“ zu. Nach Ansicht seiner politischen Freunde dürfe kein mittelbarer oder unmittelbarer Beamter seiner politischen Stellung wegen in seiner Stellung befristet werden. Diese Erklärung habe er nicht die Rücksichten geübt, die jeder Beamte — auch der mittelbare — gegenüber seinen Vorgesetzten und der Regierung zu haben habe. Die Freimüthigen hätten sich über die Behandlung des Herrn Schilling beunruhigt und sie als Gefährdung des „Halls“ bezeichnet. Die Regierung habe erklären sollen, daß von der Verfolgung der politischen Bestimmung keine Rede sein könne, statt dessen hätte die offizielle „Halle'sche Zeitung“ die Mitteilung

gebracht, daß der Minister das Vorgehen des Regierungspräsidenten gegen Herrn Schilling mißbillige und ihn beurlaubt habe. Durch solch ein Vorgehen würden aber die Beamten desabontiert und ihre Autorität ihren nachgeordneten Anstellungen gegenüber untergraben. Das wäre das Ende vom Lied! Eine Welterklärung des Regierungspräsidenten hätte nicht erfolgen dürfen. Sollten sich noch er, Redner, nicht annehmen könne — Organe der Reichsregierung aus Rücksichten auf den „Halls“ in die persönliche Angelegenheit gemischt haben, so wären das Zustände, die wir uns in Freuden nicht gefallen lassen dürfen. (Beifall.) Durch parlamentarische Reibereien würde das Beamtenvertrauen vom alten Wege schiefher und ehlicher Pflichterfüllung abgelenkt werden. Die Bevölkerung aber würde das Vertrauen zu den Beamten verlieren, wenn sie sähe, daß diese auch auf andere Dinge als lediglich auf ihre Pflicht, Rücksicht nehmen müßten. (Beifall, anhaltender Beifall.) Das Haus vertagte sich um 6 1/2 Uhr auf Montag, 1. März, vormittags 11 Uhr: Wohnungsgeldzuschuß, Fortsetzung der zweiten Sitzungsberatung.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag setzte in seiner 215. Sitzung vor fast leerem Hause die Beratung des Nationalantrags fort. Unterhalb Stunden nach der Abg. Schöner (Gos.) über die sozialdemokratische Nationalpolitik, die die alte geblieben sei. Gleichwohl mußte der „Genosse“ betonen, daß die Enttarnung der Schutzgebiete fortjähre. Lieber Anstellungsgesetzliche und Arbeitsverträge in den Solonien verbreitet sich der Redner ausführlich. Im Verlauf seiner Ausführungen wurde er aber wegen unparlamentarischer Wendungen zweimal zur Ordnung gerufen. Wie er weiterhin erzählte, ergreift nun der Nationalpolitiker, der Nationalliberal, Abg. Dr. Arning, das Wort, um ebenfalls an der Nationalpolitik eine ausführliche, im allgemeinen aber wohlwollende Kritik zu üben. Der Redner warnt vor Schöner, die leicht zu Rückschlüssen führen und das Vertrauen in die amtliche Nationalpolitik, die ja jetzt ebenfalls sei, gefährdet könnten. Das der Mitbewerber in den Schutzgebieten eingeschrieben werden solle, begrüßt der Redner. Schließlich verliert er das Wort des Hauses, da er zu sehr auf Einzelheiten eingeht und unerschöpflich im Vorles von Zitate und im Ergehen von Reaktionen ist. Bevor der Redner noch beendet, wird vom Reichspräsidenten vom 1. März in der Sitzung unterbrochen. Er wird durch den Abg. Arning unterbrochen, der sich erst nach einem kurzen Zwischenraum, seinen Redner den Platz zu räumen. Erberger spricht über die Nationalpolitik des Staatssekretärs seine Meinung aus — sie ist ja seiner Behauptung nach, die Politik, die das Zentrum immer seit Jahren empfohlen hat. Der Redner bringt sodann eine Reihe Wünsche an die Nationalpolitik vor, u. a. verlangt er Zollfreiheit für die Bismarcker. Die jetzt die ihnen aus dem Mutterlande zugehenden Liebesgaben hoch verfallen müßten. Dann geht er in lange Betrachtungen über Wohnungsangelegenheiten ein, und bittet den Staatssekretär, sich bei der Nationalpolitik nicht zu unruhigen Unternehmungen drängen zu lassen. Nach 6 1/2 Uhr Sitzung Montag 2 Uhr, Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte.

Die staatliche Hilfe anlässlich der Hochwasserkatastrophe

wird sich, wie uns mitgeteilt wird, im nächsten Rahmen bewegen wie bei früheren Katastrophen. Staat und Provinz werden zinslose Darlehen unter Verzicht auf Rückzahlung gewisser Prozente des Darlehensbetrags an die einzelnen Kreise geben, die ihnen als alleinige Schuldner haften können. Die Kreisverbände, die die örtlichen und persönlichen Verhältnisse am besten zu übersehen imstande sind, sollen übertritten Darlehen an die einzelnen Betroffenen geben. In dringenden Fällen werden bedrängten Gemeinden auch vorübergehend direkt vom Staat Mittel überwiesen werden; in einem Falle ist dies bereits geschehen. Die private Hilfsfähigkeit ist bis jetzt leider zu wünschen übrig, und es wäre gewiss angebracht, auch bei Katastrophen in einzelnen Vaterlande die Hände zu öffnen. Am meisten gelitten hat die Altmark, in Betracht kommen noch das Laubegau, das Wiedebachtal und Siegtal, das Fluggebiet der Leine und die Kreise Nordhausen und Heiligenstadt. Nach dem Ablauf des Wassers werden die Bewohner der geschädigten Distrikte auf Anordnung der Behörden durch die Kreisämter eindringlich gewarnt, die nassen Wohnungen sofort zu beziehen oder die verfallenen Brunnen wegen der Zehnpfuggefahr zu benutzen.

Die Witwen von Raddob.

Wie ein Privattelegramm aus Dortmund dem „D. Z.“ meldet, hätten die Witwen von Raddob einen Dortmund Rechtsanwaltsbeauftragt, den Kronprinzen als den Ehrenvorsitzenden des Hilfskomitees und den Oberpräsidenten von Westfalen auf sofortige Herausgabe der gesammelten Unterzeichnungsgelder zu verflagen. Bekanntlich protestieren die Witwen gegen das vom Hilfskomitee akzeptierte Rentensystem und sind außerdem mit der bisherigen Obervormittlung unzufrieden. — Wir müssen dem Blatt die Verantwortung für die unglücklichen fängende Meldung überlassen. Sollte sie wider Erwarten zutreffen, so würde ein sehr höchstes Recht auf die in der Bergarbeiterschaft herrschende Verehrung werden, und allgemein in Deutschland würde man enttäuscht sein über die Bekämpfung der Beschäftigten seitens der Raddob-Witwen und ihre Unabkürzung. Man würde auch überall erkennen, zu welchen Verirrungen die sozialdemo-

Provinz Sachsen und Umgebung.

Aus der Provinz Sachsen, 28. Februar. (Staatsliche Vorberufung in der Provinz Sachsen.) Nach der vom Abgeordnetenhaus gemachten Mitteilung...

K. Wierisch, 1. März. (Verchiedenes.) Von der Gemeindevorstellung in Witten wurden 200 Mk. für die öffentliche Sammlung beantragt...

Schöwin, 28. Febr. (Der Landwirtschaftliche Verein in Schöwin) hielt am 28. cr. seine erste diesjährige Versammlung unter Leitung seines Vorsitzenden...

Querfurt, 28. Febr. (Feuer.) Heute gegen Mittag brannte in der Randart a. D. Weidlichens Wirtschaft in Obholzen (Zwölfisches Gew.) eine Scheune nieder.

Wien, 1. März. (Unfall.) Eine Gesellschaft von mehreren Personen aus Naumburg hatte am Sonnabend einen Ausflug nach der Aueburg unternommen...

W. Erfurt, 28. Febr. (Rindesmord.) Der Erztierarzt Allgemeine Angerer meldet: Am Präseinfriedhof wurde vorgerichtet eine Reihe eines rindesmordenden...

Magdeburg, 28. Februar. (Morb.) Sonnabend abend in der Angelei Bowers der Weinhandelsbesitzer Brauerer...

Wismar, 28. Febr. (In Lebensgefahr.) In der Nacht zum 27. cr. entfiel in Wismar ein Treppenzwisch...

Calmitz, 28. Febr. (Oberamtmann Richter.) Der zweite Kreisrichter wurde am Sonnabend...

Göthen, 28. Febr. (Zu Werten des Volksbades.) Von einer Anzahl Damen und Herren aus allen Kreisen der Bürgerchaft wurde am Sonnabend...

W. Gotha, 28. Febr. (Geistliche.) Das Gotha'sche Landtagel: meldet: In Gotha ist erkrankt, was kürzlich ein Jäger zu Pferde aus der Garnison...

Altenburg, 28. Februar. (Neue Wahlrechtsdemonstrationen in Altenburg.) Heute wiederholten sich die Wahlrechtsdemonstrationen...

W. Weiningen, 28. Febr. (Der Bergbau in Sachsen.) W. Weiningen, 28. Febr. (Die Amt Sand-Bahn) wird nach der Freizeig getroffenen Entscheidung...

W. Weiningen, 28. Febr. (Die Amt Sand-Bahn) wird nach der Freizeig getroffenen Entscheidung...

W. Weiningen, 28. Febr. (Die Amt Sand-Bahn) wird nach der Freizeig getroffenen Entscheidung...

W. Weiningen, 28. Febr. (Die Amt Sand-Bahn) wird nach der Freizeig getroffenen Entscheidung...

W. Weiningen, 28. Febr. (Die Amt Sand-Bahn) wird nach der Freizeig getroffenen Entscheidung...

W. Weiningen, 28. Febr. (Die Amt Sand-Bahn) wird nach der Freizeig getroffenen Entscheidung...

W. Weiningen, 28. Febr. (Die Amt Sand-Bahn) wird nach der Freizeig getroffenen Entscheidung...

W. Weiningen, 28. Febr. (Die Amt Sand-Bahn) wird nach der Freizeig getroffenen Entscheidung...

W. Weiningen, 28. Febr. (Die Amt Sand-Bahn) wird nach der Freizeig getroffenen Entscheidung...

W. Weiningen, 28. Febr. (Die Amt Sand-Bahn) wird nach der Freizeig getroffenen Entscheidung...

W. Weiningen, 28. Febr. (Die Amt Sand-Bahn) wird nach der Freizeig getroffenen Entscheidung...

fürliche Familie wohnte mit mehreren Gästen den Namen bei. Von dem 1. März bis zum 31. Januar, führte im ersten Rennen. Folgende Verhältnisse sind heute hier eingetroffen...

Sturort und Reisen. Die Gutsbesitzer des Bades im Jahre 1908 betrug 20 238 Mark, wovon 22 485 Deutsche und 7753 Ausländer waren...

Stadtsam. Halle (Süd), Steinweg 2. Wohnungen vom 27. Februar 1909. Aufgehoben: Der Arbeiter Friedrich Binder, Rannschkestr. 1 und Anna Böhner, Bäckerstraße 1...

Halle (Nord), Brunnstr. 3a. Wohnungen vom 27. Februar 1909. Aufgehoben: Der Widenermeister Johannes Schmitt, Streiberstr. 19 und Maria Barthel, Ziegenstr. 3...

Table with columns: Name, Age, Sex, Religion, etc. for insurance purposes. Includes names like Adler-Aktion, Adler-Versicherung, etc.

Geschäftliche Mitteilung. Ein bornames Geschäftsmann, wie es in seiner Zusammenfassung selten geschehen wird, ist seit zum 10. März im Schaufenster der Vereinigten Tischlermeister, nur kleine Steinstraße 6 nicht zu verstehen mit ähnlich lautenden Zeichen angeklebt...

Eine neue, Ansehen erregende Gründung. Die gefällig gedruckte Gedächtnisproclamation 'A. v. d. Singl. Wänder, Wänderstraße 6, von außen unkenntlich zu tragen, betrifft die Wänderstraße 6, das Drenkhaus, absolut sicher, was durch Urkunden bestätigt ist.

Advertisement for Paulaner Brewery. 'Das weltberühmte, allein echte Salvator-Bier' by E. Lehmer, Landsbergerstrasse 7. Includes logo and contact information.

